

Medienmitteilung

27.01.2025

«Löhne unter Druck» – keine zusätzlichen Lohnbelastungen!

Dass sich Löhne entwickeln können, ist auch für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bedeutend. Die Politik tendiert jedoch dazu, zunehmend Ausgaben über die Löhne und Lohnnebenkosten von der erwerbstätigen Bevölkerung finanzieren zu lassen. Das begrenzt den Handlungsspielraum der Arbeitgeber und der Sozialpartner, die sicherstellen möchten, dass die Angestellten mehr Geld im Portemonnaie haben. An der heutigen Medienkonferenz in Basel verdeutlichten Vertreterinnen und Vertreter des Arbeitgeberverbands Region Basel, von Gastrosuisse und des Schweizerischen Bauunternehmerverbands, wie sich die Löhne und Lohnnebenleistungen dank der Sozialpartnerschaft entwickeln und wie gefährlich die aktuelle politische Entwicklung für die Belastung der Erwerbstätigen ist.

«Die Politik tendiert dazu, immer mehr Ausgaben von der erwerbstätigen Bevölkerung finanzieren zu lassen – über die Löhne respektive Lohnnebenkosten. Das verteuert nicht nur die Arbeitsplätze in der Schweiz massiv, sondern begrenzt auch den Spielraum, den wir Arbeitgeber haben, um zuzusehen, dass unsere Angestellten mehr Geld im Portemonnaie haben», betonte Beat Hauenstein, Präsident des Arbeitgeberverbands Region Basel, zu Beginn der Medienkonferenz.

Der Präsident von Gastrosuisse, Beat Imhof, wies bei seinem Auftritt in Basel darauf hin, dass die Personalkosten sowie die Betriebskosten im Gastgewerbe zwischen 2004 und 2022 signifikant zugenommen haben, während die Gewinne im gleichen Zeitraum gesunken sind. Dies stelle eine große Herausforderung für die Branche dar. «Wenn in Bundesbern die Finanzen knapp sind, dann versucht man, zusätzlich andere Finanzierungsquellen zu finden. Lohnabgaben, eine Erhöhung der Lohnnebenkosten und MwSt.-Erhöhungen sind dabei für die Politik besonders attraktiv.» Als Beispiel nannte er die Finanzierung der 13. AHV-Rente sowie eine neue Vorlage zur Erhöhung der Ausgaben bei der Erwerbsersatzordnung EO, was die Lohnentwicklungsmöglichkeiten im Gastgewerbe weiter unter Druck setze. «Dazu kommt, dass der Staat immer stärker in den Arbeitsmarkt eingreift. Einerseits, indem der Bund Löhne bezahlt, die über dem Marktdurchschnitt liegen und mittels welchen er der Wirtschaft Fachkräfte entzieht. Andererseits,

indem der Staat Arbeitsbedingungen regelt und dabei die Sozialpartnerschaft übersteuert.» Das beste Beispiel dafür seien die Abstimmungen über kantonale Mindestlöhne. Beat Imhof betonte die Bedeutung von Gesamtarbeitsverträgen und forderte den Vorrang der Mindestlöhne in Gesamtarbeitsverträgen, da sie ein umfassenderes und ausgewogeneres Regelwerk bieten als staatlich festgelegte Mindestlöhne. «Mit den aktuellen Entwicklungen nimmt uns die Politik den Handlungsspielraum, um unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch künftig noch Lohnentwicklungen und Teuerungsausgleiche zu ermöglichen», machte Beat Imhof deutlich.

Im Anschluss kam der Direktor des Schweizerischen Baumeisterverbands, Bernhard Salzmann, zu Wort. Die Baubranche zahle bereits die höchsten gewerblichen Löhne, die auch ohne staatliche Einmischung nachhaltig finanziert werden. Das sei nur möglich, wenn nicht zusätzliche politische Begehrlichkeiten die Lohnnebenkosten in die Höhe trieben. Ausserdem nehme die Branche grosse soziale Verantwortung wahr, welche zum Nutzen der Gesamtgesellschaft über Lohnnebenkosten finanziert werde: «Im Bauhauptgewerbe besteht dank dem GAV FAR für Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter die Möglichkeit, mit 60 frühzeitig in Pension zu gehen. Mit 80 Prozent vom Lohn können sie in den Ruhestand gehen – wobei immer mehr Mitarbeitende die Möglichkeit nutzen, zusätzlich zur FAR-Rente in kleinen Pensen auf der Baustelle weiterzuarbeiten. Die Arbeitgeber finanzieren diese Lösung mit 6 Prozent Abzügen über Lohnnebenkosten», betonte Salzmann. Es dürften daneben nicht immer mehr politische Begehrlichkeiten über Löhne finanziert werden. «Neben der AHV-Finanzierung und der Ausweitung der Ansprüche in der EO diskutiert Bundesbern tatsächlich auch noch darüber, die familienergänzende Kinderbetreuung über eine neue Sozialversicherung von den Arbeitgebern finanzieren zu lassen. Löhne sind da, um Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu honorieren, nicht um politische Wunschzettel zu erfüllen.» Und weiter: «Die Lohnabzüge der Politik dürfen auch nicht ständig auf gleichem Niveau beharren oder gar steigen, sondern sie müssen auch sinken, wenn es die Rahmenbedingungen erlauben.» Da gäbe es zum Beispiel bei der Arbeitslosenversicherung entsprechendes Potenzial.

Saskia Schenker, Direktorin des Arbeitgeberverbands Region Basel, warnte abschliessend vor den Auswirkungen von kantonalen Mindestlöhnen, die nicht von Branchenexperten, sondern von der Politik festgelegt werden. «Wir lehnen den Eingriff der Politik in die Lohnbildung und in die Sozialpartnerschaft vehement ab. Deshalb sagen wir am 9. Februar in den Kantonen Solothurn und Baselland klar Nein zur den beiden Mindestlohn-Initiativen.» Als Fazit zeigte Schenker die Übersicht, wo die Politik überall plant, die

Lohn(neben)kosten zu erhöhen. Sie betonte, dass die Politik den Gesamtblick darüber verloren hat. Das schade den Erwerbstätigen. «Die Begehrlichkeiten sind immens und gleichzeitig hat insbesondere der Bund aufgrund des starken Ausgabenwachstums der letzten Jahre wenig Handlungsspielraum. Man belastet deshalb weiter die Arbeit.» Und weiter: «Wer in der Privatwirtschaft Arbeitsplätze schafft, sorgt dafür, dass nicht nur diese Personen ein Einkommen haben, sondern dass sie, neben dem Unternehmen, auch Steuern bezahlen. Und gemeinsam zahlen sie einen Grossteil des Schweizer Sozialstaats.» Das habe aber alles seine Grenzen. «Nämlich dann, wenn die Arbeitsplätze schlicht zu teuer werden und wenn der Spielraum für Lohnentwicklungen zu klein wird.»

Zum Abschluss appellierte Beat Hauenstein nochmals an die Politik, sich der Entwicklungen bewusst zu werden und einen umfassenden Blick auf die finanziellen Anforderungen zu haben, die an die Erwerbstätigen gestellt werden. «Eigentlich sollten Arbeitgeberseite und Gewerkschaften gemeinsam zusehen, dass Löhne nicht immer stärker belastet werden», so der Präsident des Arbeitgeberverbands Region Basel. Aber dafür seien die Begehrlichkeiten der Gewerkschaften für alle möglichen Zusatzfinanzierungen einfach zu gross. Sie wirkten politisch darauf hin, dass immer mehr Lohnabgaben und Zusatzleistungen über Löhne finanziert werden müssten. Und dass der Handlungsspielraum für das Angebot von Arbeitsplätzen, insbesondere in jenen Branchen ohne hohe Wertschöpfung, immer schwieriger werde. «Schlussendlich fehlt dieses Geld in den Portemonnaies der Menschen, die arbeiten.»

Weitere Informationen:

Beat Hauenstein, Präsident Arbeitgeberverband Region Basel, 058 219 36 16

Saskia Schenker, Direktorin Arbeitgeberverband Region Basel, 079 212 78 65

Beat Imhof, Präsident GastroSuisse, 079 773 29 15

Bernhard Salzmann, Direktor Schweizerischer Baumeisterverband, 078 762 45 31